

Unterleuten – das jüngst verfilmte brandenburgische Romandorf der Autorin Juli Zeh – scheint eine Menge Brüder- und Schwestergemeinden zu haben. Jedenfalls, wenn man den Berichten von Windprojektierern, Kommunen und Fachverbänden folgt. Kaum, dass ein geplanter Windpark bekannt wird, kommt ein ansehnlicher Intrigenstahl in Gang, der sich um kapitalkräftige Investoren von weit weg dreht, zudem um einen heimischen Großbauern – dem auch niemand den Zuschlag gönnt. Stadtflüchtige Neu-Dörfler sehen sich um ihr teuer erworbenes Idyll betrogen und ziehen mit Unterschriftenlisten los. Und Naturfreunde schieben seltene Brutvögel vor, mit denen man die Genehmigung zu vereiteln hofft. Kein Klischee ist so abgegriffen, dass es am Ende nicht doch irgendwie stimmt.

„Wir sehen es als notwendig und möglich an, bis 2050 die installierte Windenergieleistung an Land von heute fast 54.000 auf rund 200.000 Megawatt auszubauen“, betont Wolfram Axthelm, Geschäftsführer des Bundesverbands Windenergie. Dazu bedürfe es bei nahezu gleichbleibender Anlagenzahl einem „Mix vieler Akteure“: Bürgerenergie, große Projektträger aus dem Mittelstand und die Industrie, ferner Stadtwerke, Versicherungen und Pensionsfonds. Aber die Bürgerenergie, so Axthelm, sei „das Fundament der dezentralen Energiewende. Genau deshalb braucht sie einen fairen Rahmen“.

Das klingt nach herben Defiziten – und nach Fehlentwicklungen. Heinz Thier, Geschäftsführer der Projektberatung „Bäuerlicher Bürgerwind“ (BBWind) in Münster, schimpft über „Blutsauger“, die dem ländlichen Raum nicht guttäten. Der typische Projektie-

Die Hälfte der Windprojekte wird beklagt

rer biete dem Flächeneigner „horrende Pachten – das wiederum schafft draußen Unmut und verhindert oder sprengt Gemeinschaften. Projekte werden hin und her verkauft, die Menschen vor Ort haben nichts davon und am Ende kommt auch kaum Gewerbesteuer für die Gemeinde heraus“. Da müsse man sich nicht wundern, wenn inzwischen die Hälfte aller neuen Windprojekte beklagt würde, eher mehr.

Einen guten Teil hat nach Einschätzung von Horst Leithoff „die Bundespolitik dazu beigetragen“, dass Bürgerwindenergie heute nicht mehr so gut klingt wie noch vor einigen Jahren. Er lebt und arbeitet im dänisch-deutschen Grenzgebiet, gehört dem BWE-Bundesvorstand und -Bürgerwindbeirat an. Seit der heutige Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) das Wort von der „Strompreisbremse“ in die Welt setzte und sein Vorgänger Sigmar Gabriel (SPD) den „Welpenschutz“ für Bürgerprojekte verneinte, „haben wir Probleme mit einer Negativstimmung, die auch die ganze Branche ausbremste“, beklagt Leithoff.

Schlecht gemachte Bürgerenergieklausel bei Gesetzesnovelle

Zwar hatte Gabriels Staatssekretär Rainer Baake (Die Grünen) mit Einführung des Ausschreibungssystems einen Versuch unternommen, Bürgerenergie dennoch zu fördern, und deshalb eine Sonderklausel ins Erneuerbare-Energien-Gesetz bugsiert. Damit mussten Bürgerwindanlagen beim Start 2017 keine



Für mehr Akzeptanz: Bürger bei einer Informationsveranstaltung für den Windpark Wadersloh

Bild: BBWind Projektberatungsgesellschaft mbH

Mehr Akzeptanz durch Bürgerenergie

Damit es wieder zu mehr Windkraftausbau kommt, setzen Aktivisten und Verbände auf Modelle, von denen **Bürger in der Nachbarschaft profitieren.** **VON TOM JOST**

Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz vorweisen, um an den Auktionsrunden teilzunehmen und einen Zuschlag zu erhalten.

Bekanntlich schlug diese Initiative aber ins Gegenteil um: „90 Prozent der bezuschlagten Anlagen aus der zweiten und dritten Auktionsrunde sind wohl bis heute nicht realisiert worden“, schätzt BBWind-Fachmann Thier. Es lag nicht nur daran, dass die Gesetzesklausel eine Reihe sehr schnell gezimmerter „unechter“ Bürgergesellschaften auf den Plan rief. Auch die im Wettbewerb erfolgreichen Fördersatzgebote von 4,28 und 3,82 Cent pro kWh erwiesen sich als ökonomisch unrealistisch.

Ein großer Fehler, räumt Leithoff selbstkritisch ein. Anfangs seien manche Windfreunde noch begeistert gewesen, hätten dann aber erkannt, „dass viele Bürgergesellschaften das

nicht leisten konnten“. Der BWE habe auf diese Fehlsteuerung hingewiesen, dass echte und in der Praxis erprobte Modelle nicht unter die politisch definierte Bürgerenergie fallen würden – erfolglos. „Insoweit“, schließt sein Verbandsgeschäftsführer Axthelm, „hat der Bundesgesetzgeber hier das Wort Bürgerenergie missbraucht und fehlgeleitet.“

Das Ende ist bekannt: Noch 2017 setzte der Gesetzgeber die Sonderklausel wieder außer Kraft. Seitdem ist ökonomisch vieles erheblich schwieriger geworden. Leithoff: „Uns fehlt die Langzeitprognose. Keiner weiß am Start, wo der Zuschlag liegen wird – bei 6,2 oder bloß bei vier Cent?“ Für ihn ist das mit einer der Gründe für das wiederholte Nicht-Ausschöpfen der Ausschreibungsvolumina – im März wurde gerade die Hälfte der möglichen

300 MW bezuschlagt. Aber ist es auch das Ende der Bürgerwindkraft? Thier, der mit BBWind inzwischen mehr als 100 Windturbinen mit 350 MW Leistung ans Netz gebracht hat, verneint vehement. Sein Optimismus speist sich nicht nur aus dem Umstand, dass inzwischen über die Hälfte der zunächst erfolglosen Windkraftprojekte später zum Zuge gekommen sei – und besser laufe als erwartet. Sondern auch aus der Art und Weise, wie man die Akzeptanz in der jeweiligen Region herstellen könne.

Er nennt als gelungenes Beispiel Windparks im Kreis Borken des Münsterlands. 44 Anlagen mit 163 MW Leistung und 220 Mio. Euro Investition entstanden in den drei Nachbargemeinden Ahaus, Heek und Legden: „Wir haben mit den drei Kommunen vereinbart, dass die Hälfte des Kommanditkapitals

an örtliche Bürger geht“, erzählt Thier. Das Erstzeichnungsrecht hätten jene gehabt, die Wohnsitz oder Arbeitsplatz im Einzugsbereich vorweisen konnten. Über die AHLeG, eine örtliche Bürgerenergiegenossenschaft, gab es eine zweite Beteiligungsmöglichkeit. Was viele Einheimische genutzt haben: Mit über 1.000 Mitgliedern ist die AHLeG eine der größten Energiegenossenschaften in Nordrhein-Westfalen.

Etwas anders, aber noch erfolgreicher, verlief die Entwicklung in Deutschlands heimlicher Windhauptstadt Lichtenau. Die westfälische Gemeinde, unberührt von großen Gewerbe- oder gar Industrieansiedlungen, verdankt diesen Status ihrem Bürgermeister Josef Hartmann (SPD), der seit 2014 Windkraftgegner zu Bürgern bekehrt, die den ökonomischen Vorteil im Alltag spüren: Mehr als 170 Windturbinen drehen sich in fünf sorgfältig abgestimmten Zonen mit breiten Sichtschneisen, die Gewerbesteuer hat sich verdoppelt. Über 200 Kommanditisten und 800 Genossenschaftsmitglieder sind direkt beteiligt, eine Bürgerstiftung, die zusätzlich 1 % der Windgewinne abschöpft, unterstützt Schulsanierungen, Bürgerbus und kulturelle Veranstaltungen. Und der Strompreis ist seit Jahren stabil.

Fördergelder werden für lokale Initiativen genutzt

Bei BBWind werden längst wieder neue Anlagen projektiert und realisiert – mit lokalen Anlegern und offenbar auch gelungener Überzeugungsarbeit. Von 35 Windprojekten in den letzten Jahren seien gerade mal drei beklagt worden, so Geschäftsführer Thier. Für die weitere Entwicklung komme es darauf an, wie die Bundesländer die Abstandsregeln handhaben. In NRW, wo derzeit die Düsseldorfer CDU/FDP-Landesregierung noch eine 1.500-Meter-Grenze hochhält, hoffe man, dass sie auf 1.000 Meter sinken werde: „Damit haben wir kein Problem, außer wenn kleine Anhäufungen von fünf oder sechs Häusern schon als Bezugsgebiet gelten. Dann kommt der Windenergieausbau faktisch zum Erliegen.“ Sorgen machten auch Auslegungen von Artenschutzregeln, die von Landkreis zu Landkreis sehr unterschiedlich ausfallen.

BBWind-Geschäftsführer Thier ist dennoch überzeugt, dass die Windbranche hierzulande vor einer „dritten Ausbauwelle“ steht – nach der EEG-Einführung und der Fukushima-Kernschmelze. **E&M**



PPA-Projekte finanzieren?

Aber natürlich.

Wenn Sie die Energiewende voran bringen wollen, dann mit der UmweltBank, dem richtigen Partner für EEG- und PPA-Projekte.

Sprechen wir miteinander!

0911 5308-175

www.umweltbank.de/energiewende



UmweltBank

Mein Geld macht grün.